

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Holme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk außer Halver: Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Königsahl, Kierspe, Kierspe-Bahnhof, Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Reinerzhagen, Balbert, Dhl, Kupferberg, Radenornwald, Breuerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Beier, Halver i. W. — Fernsprecher Nummer 442, Amt Halver. — Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver

Nr. 250

Inseratenpreis: für 1 mm Höhe, 34 mm breit 6 Reichspennig, für Behörden, Finanzanzeigen u. auswärtige Anzeigen 10 Reichspennig, Reklame 10 Reichspennig — Offertgebühren 10 Reichspennig und Porto

Halver

Samstag, den 24. Oktober

Erscheint: wöchentlich 6 mal
Gratisbeilagen: „Zeitgeschehen im Wochenbild“, „Landmanns Sonntagsblatt“, „Herb und Scholle“, „Für unsere Frauen“ und „Am Abend“

1931

Die heutige Ausgabe umfasst 8 Seiten.

Kleine Zeitung für eilige Leser

* Reichsanstalt für Prüfung ist von einem kurzen Urlaub nach Berlin zurückgekehrt.

* In Berlin erschlug ein Arbeitsloser seine Familie und beging dann Selbstmord.

* Bei dem Schultheiß-Patenhofer-Konzern sind schwere Verluste entstanden, die auf 30 Millionen geschätzt werden.

Erstarrtes Geld.

Zivilisation oder Barbarei? — Rotenhamsterei in aller Welt. — Die Aufgabe des Wirtschaftsbeirates.

„Sicherlich wird der Tag kommen, an dem kein lebendes Wesen mehr die gegenwärtige Zersplitterung des Menschengeschlechts verstehen und an dem alle Welt sich fragen wird, ob wir Heutigen in einem Zeitalter der Zivilisation oder der Barbarei gelebt haben!“ Wir Deutschen haben selten Veranlassung gehabt, Herrn — Voincaré zu zitieren, aber warum sollen wir nicht diesem von ihm unlängst niedergeschriebenen, nur allzu richtigen Satz zustimmen! Man kann heute auch nicht sagen, daß der Aufstakt des Laval-Besuchs in Washington gerade sehr geeignet erscheint, endlich etwas „zivilisierter“ Beziehungen zwischen den Staaten und Völkern herbeizuführen und der „barbarischen“ Ausplünderung erst der Schwachen durch die Starken, dann fast der ganzen Welt durch Frankreich ein Ende zu machen! Vielleicht ist der französische Ministerpräsident auf seiner Amerikareise auch Schiffen begegnet, die wiederum Hunderte von Millionen Goldes hinübertransportierten nach Europa, vor allem nach Frankreich. Daß aber die ganze Frage der Goldwährung als Weltproblem damit am kritischen Punkt angekommen ist, weiß man dies- und jenseits des Meeres ganz genau. Wird man bei den Unterredungen zwischen den beiden Staatshäuptern weiterkommen? Laval trägt ja noch weitere — politische — Wünsche in seiner Reisetasche, die allerdings haargenau wie Bedingungen aussehen. Aber alles, Abrüstung und Erweiterung des Kellogg-Paktes, selbst die interalliierte Schulden- und die deutsche Tributfrage — alles und jedes hängt doch letzten Endes von dem einen Hauptproblem ab, also, ob und wie man in Washington endlich zu einer vernünftigeren Weltverteilung des Goldes und dann zu seiner Ruhbarmachung für die Überwindung der Weltkrise, für die Wiederbelebung des Kredites in der ganzen Welt, des Vertrauens zu einer Stabilisierung der so schwer erschütterten Weltwirtschaft gelangen kann; denn auch das „Amerika, du hast es besser als unser Kontinent, der alte“, stimmt ja gar nicht mehr, dafür haben wir aber in Europa desto zahlreicher die „Burgen und Schlösser“ machtpolitischer Gegensätze und Vorurteile.

Schließlich treibt es Frankreich — in gewissem Umfang machen ihm dies Holland und die Schweiz nach — auch nicht anders als der kleine oder große „Kapitalist“, der aus Angst vor der allgemeinen Unsicherheit im Geld- und Kreditwesen überall in der Welt zur Vault oder zur Sparkasse läuft und dort sein Guthaben „flüssig“ macht, um es zu Haus im Kommodenkasten zu verbergen. So geschieht es auf dem alten Kontinent — Frankreich eingeschlossen —, so greift das aus dem neuen Weltteil um sich. Das „flüssig“ gemachte Gold erstarrt. Und darum haben wir auch überall — Frankreich wiederum eingeschlossen — einen nicht bloß träge dahinfließenden, sondern gegenüber der letzten Vergangenheit daher auch stark vergrößerten Notenumlauf, der in einem immer größer werdenden Gegensatz zu der gewaltig eingeschrumpften Umsatztätigkeit der Wirtschaft steht. Man schätzt diese Notenhamsterei z. B. in Amerika auf rund eine Milliarde Dollar. Aber auch in Deutschland rechnet man mit Hunderten und aber Hunderten von Millionen, die entweder „gebortet“ sind oder als Vorkasse in den Kassenschränken aller Wirtschaftszweige liegen, zum großen Teil aus Besorgnis davor, ob man für den Bedarfsfall auch genügend bares Geld von den Banken, Sparkassen usw. erhalten würde. Im großen und im kleinen, bei den Staaten wie beim einzelnen, ist ein förmliches Wettrennen um die „Liquidität“ entstanden und im Gange. Aus Angst und Mißtrauen vor dem Heute und Morgen. Befragt werden kann diese Besorgnis, die die Grundlage des Weltwirtschaftssystems, den internationalen wie den nationalen Kredit, immer mehr zermürbt und zerstört, natürlich nur durch die praktische Erfahrung, daß dieses Mißtrauen, diese Angst grundlos ist. Und wenn z. B. bei den preussischen Sparkassen endlich die Höhe der Auszahlungen zurückgeht, die der Einlagen wieder steigt, so zeigt sich darin die langsame Rückkehr des früheren Vertrauens, das seine Verwirklichung in der prompten Erfüllung aller an die Sparkassen gestellten Forderungen gefunden hat.

Um diesem zögernd den Fuß vorwärtsetzenden Vertrauen den Weg zu weiterem Fortschreiten zu ebnen, ist nun in Deutschland auch der Wirtschaftsbeirat der Reichsregierung geschaffen und jetzt in seiner Zusammensetzung bestimmt worden. Da man es ja niemals allen Menschen recht machen kann, stellte sich auch gleich die Kritik ein. Doch sollte man nun erst einmal abwarten, wie er arbeiten, was er leisten wird, — darauf kommt doch schließlich alles an! Doch nein, nicht alles! Denn sehr viel kommt auf schnelle Arbeit, auf schnelle Leistung an im Kampf eines sich nun hoffentlich zu einer Noteinheit zusammenschließenden Volkes gegen die Wirtschaftskrise und die Arbeitslosigkeit. Den Weg frei machen von den Hindernissen falscher verstandener Interessenver-

Die Besprechungen in Washington

Ein wunder Punkt.

Hoover und Frankreichs „Sicherheit“.

Ministerpräsident Laval hat sein politisches Gepäck, das er auf der Überfahrt nach Amerika mitbrachte, mit einem Punkt beschwert, der leicht dazu führen kann, daß die ganze Reise, besonders für Frankreich, eine schwere Enttäuschung werden kann. Die Forderung, deren Erfüllung durch Hoover Laval offenbar sehr am Herzen liegt, daß Amerika die „Sicherheit“ Frankreichs in gewisser Beziehung bei den Abrüstungsverhandlungen garantiere, ist ein Ansinnen, das Laval besser hätte zu Hause lassen sollen. Es kann zu einer Weigerung Hoovers führen, die für den Gast nicht gerade angenehm sein dürfte. Jedenfalls winkten amerikanischen politische Kreise bereits sehr deutlich ab. In einigen Meldungen, so wird erklärt, ist angedeutet worden, die französischen Staatsmänner trügen sich mit der Absicht, vorzuschlagen, daß die Vereinigten Staaten sich entweder verpflichten, Frankreich im Falle eines Krieges Hilfe zu leisten oder aber wenigstens im Falle einer Kriegsgefahr mit Frankreich in Beratungen einzutreten. Es besteht jedoch keinerlei Absicht, sich in einen derartigen Vorschlag einzulassen. Die Vereinigten Staaten — so schließt die Information — haben Konjunktiv-Verträge über den Fernen Osten abgeschlossen, wo für sie Sonderinteressen bestehen. Die Beziehungen mit Europa jedoch haben sie von jeher in eine andere Klasse eingereiht und sie beabsichtigen auch, dies weiterhin zu tun.

In offiziellen amerikanischen Kreisen ist die Erkenntnis vielfach durchgedrungen, daß das Problem der Schuldener Revisionen im Vordergrund der Besprechungen stehen muß. Ferner haben die Vereinigten Staaten schon immer die ungeheuren Rüstungsausgaben als den verschärfenden Faktor für die Weltdepression angesehen. Unter einem solchen wirtschaftlichen Gesichtswinkel wird auch das gesamte Rüstungsproblem von Hoover betrachtet werden. Da Frankreich große Summen für seinen Rüstungssektor verwendet, wird Hoover, so erklärt man in amerikanischen politischen Kreisen, von der unmittelbaren und gewaltigen Wirkung zu überzeugen versuchen, die ein derartiges Gebaren nach Ansicht Amerikas auf die Weltzahlungsbilanz haben muß.

Ein weiterer Programmpunkt Lavals scheint, soweit bisher zu erkennen ist, die Bildung eines französischen amerikanischen Wirtschafts-Ausschusses nach Berliner Muster zu sein. Eine derartige Anregung dürfte, wenn sie wirklich vorgebracht wird, auf amerikanischer Seite keinen ernstlichen Widerstand finden.

Wenn es also in Washington nicht an schönen Tafelreden und Freundschaftsbeteuerungen fehlt, so ist das ein Gebot der allgemeinen Höflichkeit und Gastfreundschaft; Laval wird aber sich davor hüten müssen, daß, wenn er wieder in der stillen Kabine seines Ozeandampfers sitzt, seine Seekrankheit nicht noch verschlimmert wird, durch die aufdämmernde Überzeugung, daß er auf politischem Gebiet wenigstens mit leeren Händen zurückkommt.

Erste Aussprache mit Hoover.

Galadiner zu Ehren Lavals.

Ministerpräsident Laval wurde nach dem zu seinen

teidigung einzelner Teile der Wirtschaft, der Arbeitgeber oder der Arbeitnehmer, der Erzeugung, des Handels oder des Konsums, den Weg bereiten für ein Vertrauen, das nur wieder Kraft gewinnen kann durch die Hoffnung auf endliches Zusammen- und nicht mehr Gegeneinanderarbeiten, — dieser Weg in eine kampf- und opfererfüllte Zukunft muß jetzt gefunden und dem deutschen Volke gewiesen werden. Das ist die Aufgabe einer Stunde, in der die Zeiger unserer Schicksalsuhr, vielleicht auch der des ganzen Erdballs, immer näher an die 12 heranrücken, einer Stunde, da es sich entscheiden muß, ob „wir Heutigen in einem Zeitalter der Zivilisation oder der Barbarei gelebt haben“.

Kurze politische Nachrichten.

Die Vollversammlung des Bayerischen Landtages lehnte die Anträge der Deutschnationalen, der Nationalsozialisten und Kommunisten auf Auflösung des Landtages endgültig ab. Dagegen wurde mit verfassungsmäßiger Mehrheit die Ausscheidung der 15 Landtagsabgeordneten beschlossen, deren Wahl nach dem Staatsgerichtsurteil auf Grund ungültiger Bestimmungen des Landeswahlgesetzes erfolgt war. Die Nationalsozialisten und Deutschnationalen werden gegen diese Beschlüsse Anfechtungsklage beim Staatsgerichtshof einreichen.

In diesen Tagen ist die Mitteilung verbreitet worden, daß eine neue Notverordnung bevorstehe, die die arbeitslosen versicherungspflichtigen Angestellten mit ihrem vollen Gehalt, also bis zu 700 Mark monatlich, zur Arbeitslosenversicherung heranziehen wolle. Der Gewerkschaftsbund der Angestellten hat, wie er mittelt, gegen eine solche Sonderbelastung der Angestellten sofort den schärfsten Einspruch erhoben.

Auf die im Preussischen Landtag eingebrachten Klein-

Ehren im Weißen Hause veranstalteten Staatsdinner vom Präsidenten Hoover persönlich empfangen. Dieser Empfang hatte noch nicht den Charakter einer Konferenz.

Das Galadiner war eins der größten, das jemals im amerikanischen Präsidentenpalais stattgefunden hat. Über hundert Personen waren anwesend, darunter der deutsche Botschafter, v. Britzow und Gaffron, und der auf einer Propagandareise durch die Vereinigten Staaten befindliche französische Marschall Petain.

Die Atmosphäre wird ständig frostiger.

Während Ministerpräsident Laval am Vormittag ausschließlich von gesellschaftlichen Verpflichtungen in Anspruch genommen worden war, begann sofort nach der Mittagstafel im Lincoln-Zimmer des Weißen Hauses die erste Aussprache mit dem Präsidenten Hoover im Beisein des Staatssekretärs Stimson. Beiderseits hatte man sich darüber geeinigt, daß Sachverständige lediglich bei der Erörterung von technischen Sonderfragen zugezogen werden sollten. Damit bleibt, nach Lavals Wunsch, die völlige Unverbindlichkeit der Unterhaltungen gewahrt.

Wie die Presseberichte erkennen lassen, wird die Atmosphäre der Aussprache ständig frostiger. Die Zeitungen beschäftigen sich mehr mit den grundlegenden Meinungsverschiedenheiten über die Weltfragen, als mit der Möglichkeit einer Aussicht auf Erfolg. „Das Ergebnis scheint mager zu werden“, so schreibt die „New York Evening Post“, „alle Anzeichen sprechen dafür, daß keine Einigung erzielt wird, die ausreicht, um den wirtschaftlichen Weltwettbewerb günstig zu beeinflussen“.

Die Finanzkreise fordern eine konstruktive Lösung des Problems der Kriegsschuld und zeigen sich höchst besorgt darüber, daß die Franzosen den Hauptwert auf politische Fragen legen. „Wenn es Hoover und Laval nicht gelingt, für Deutschland und damit für die ganze Welt eine tragbare, auf der Erkenntnis wirtschaftlicher Wahrheiten beruhende Lösung der Reparationsfrage zu finden, so hätte der französische Ministerpräsident getrost in Paris bleiben können“, so erklärte ein bekannter Bankier der Wallstreet dem Vertreter der „Telegraphen-Union“. Dieser Gegenstand zwischen Politik und Wirtschaft, der bei der Aussprache in Washington unverkennbar zutage tritt, verursacht bei den zahlreichen dort versammelten Beobachtern einen zunehmenden Pessimismus.

Die Korridorfrage in Washington.

Der Korridor — kein Schachereobjekt!

Von Seiten des Deutschen Ostmarkenvereins wird mitgeteilt: Es geht das Gerücht, daß bei den Verhandlungen in Washington auch die sogenannte Korridorfrage zwischen dem Präsidenten Hoover und dem Ministerpräsidenten Laval besprochen werden soll. Der Deutsche Ostmarkenverein entnimmt hieraus mit Genugtuung, daß die Erkenntnis von der entscheidenden Bedeutung der Korridorfrage im Ausland wächst. Um so bedenklicher würde aber jeder Versuch sein, die Korridorfrage zum Schachereobjekt zwischen den Mächten zu machen. Sie ist keine Frage des Handels, sondern der Wiedergutmachung.

Anfragen des Landvolks und des Christlichsozialen Volkssdienstes über die Veröffentlichung der Namen von Beamten und Geschäftsleuten, die sich am Volksentscheid beteiligt haben, hat der preussische Innenminister jetzt folgende Antwort erteilt: Eine Verletzung des Wahlgeheimnisses liegt nicht vor, weil nur die Stimmabgabe, nicht aber die Beteiligung an einer Wahl oder Abstimmung durch das Wahlgeheimnis geschützt ist. Auch ist der Tatbestand einer strafbaren Handlung nicht erfüllt; ein Strafvermittlungsverfahren kann daher nicht eingeleitet werden.

Wurst und Ale für Hindenburg.

Abordnung der Ammerländer beim Reichspräsidenten.

Beim Reichspräsidenten von Hindenburg erschien eine Abordnung des Ammerländer Heimatvereins aus Bad Zwischenahn in Oldenburg. Die Abordnung ist vom Reichspräsidenten zum Frühstück eingeladen worden und hat ihm bei dieser Gelegenheit Heimatprodukte — Schinken, Wurst und Ale — als Geschenk überreicht. Die Abordnung erschien in ihrer Heimatstadt.

Es handelt sich um einen Brauch, der schon seit ungefähr 20 Jahren geübt wird und aus der Zeit herrührt, als Hindenburg noch Regimentskommandeur in Oldenburg war.

Bermahlung von Auslandsweizen.

Mitglieder des Konsortiums deutscher Weizenmühlen

dürfen 27 Prozent mehr vermahlen. Nachdem am 19. Oktober 1931 das Konsortium deutscher Weizenmühlen mit dem Sitz in Berlin errichtet worden ist, zu dem jeder Mühle der Beitritt offensteht, hat der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft durch eine Verordnung bestimmt, daß nur diejenigen Mühlen berechtigt sind, über den allgemein zugelassenen

Satz von 3 Prozent hinaus weitere 27 Prozent Auslandsweizen zu vermahlen, die Mitglied des Konsortiums deutscher Weizenmühlen geworden sind oder werden. Die Zahlung dieses Konsortiums verpflichtet die Mitglieder, eine bestimmte Quote ihrer Auslandsweizenvermahlung in dem unmittelbar oder mittelbar durch Händler oder Genossenschaften von der Deutschen Getreidehandels-Gesellschaft zu erwerbenden amerikanischen Hartwinterweizen zu vermahlen. An der schon seither bestehenden Bestimmung, daß es sich bei den 27 Prozent Auslandsweizen nur um sogenannten Austauschweizen handeln darf, ist durch die neue Verordnung nichts geändert worden.

Freiwilliger Arbeitsdienst in der Senne.

Neues Leben im Staumühlenlager.

Im Wege des freiwilligen Arbeitsdienstes soll ein Teil der Senne kultiviert werden. Die Vorarbeiten für diesen Plan sind jetzt durch die Reichsregierung in Verbindung mit der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und der Arbeitslosenversicherung soweit gediehen, daß mit dem 1. November die praktische Arbeit beginnen kann.

800 Arbeitslose aus Westfalen werden zunächst im Lager Staumühle, einem ehemaligen Militärlager, untergebracht.

Nach der ersten Aufgabe, eine befahrbare Chaussee von der Hauptenbender Straße nach dem Lager zu bauen, wird dann die größere und schwierigere Aufgabe, die eigentliche Kultivierung des Bodens, in Angriff genommen. Die Betreuung des für

400 evangelische Arbeitsfreiwillige berechneten Südlagers in praktischer Unterweisung sowie Versorgung wird die Anstalt Bethel übernehmen. Im Nordlager hat allmählich

die gleiche Zahl katholischer Arbeitsfreiwilliger Unterkunft finden. Zunächst wird mit einem Grundstock von je 50 Arbeitswilligen begonnen, der dann von Woche zu Woche weiter aufgefüllt werden soll. Die Zuteilung der Arbeitsfreiwilligen läuft über die Arbeitsämter der Provinz Westfalen.

Bayern und die Notverordnung vom 6. Oktober.

Die Landesparteileitung der Bayerischen Volkspartei hat sich in München mit der politischen Lage im Reich befaßt. An den Verhandlungen, die der Parteivorstand, Staatsrat Schäffer, leitete, nahmen u. a. teil Ministerpräsident Held, Reichspostminister Dr. Schökel, der Vorsitzende der Reichstagsfraktion, Abgeordneter Leicht, und der Vorsitzende der Landtagsfraktion, Abgeordneter Dr. Wohlmuth. Nach der parteiamtlichen Mitteilung hat die Parteileitung vor allem über Schritte beraten, die zu unternehmen seien, um in weiteren Verhandlungen mit der Reichsregierung zu einer für Bayern befriedigenden Abänderung der letzten Notverordnung vom 6. Oktober 1931 zu gelangen.

Tragödien in und bei Berlin.

Eine Greisin von ihrem Untermieter ermordet.

In einem im Norden Berlins gelegenen Hause wurde die 76jährige Witwe Luise Wabnitz in ihrer Wohnung ermordet aufgefunden. Frau Wabnitz hatte zwei Zimmer ihrer Dreizimmerwohnung vermietet. Vor einigen Tagen war ein neuer Mieter eingezogen, der sich jedoch noch nicht polizeilich gemeldet hatte. Dieser Untermieter ist verschwunden. In seinem Zimmer wurde eine Schüssel mit blutigem Wasser gefunden. Aus dem Schrank des zweiten Untermieters, der seit langer Zeit bei Frau Wabnitz wohnte, ist ein Anzug gestohlen worden.

Noch ein Frauenmord.

In der Kolonie Gänsefuch in der Nähe von Wandlitz (Mark) wurde die 65 Jahre alte Frau des pensionierten Eisenbahnbeamten Faltin, der dort ein kleines Haus besitzt, von ihrem heimkehrenden Manne mit zerschmettertem Schädel tot aufgefunden. Sämtliche Behälter in der Wohnung waren durchwühlt. Als Täter kommen zwei Radfahrer in Betracht, die in der Gegend beobachtet worden sind.

Ein Arbeitsloser erschlägt seine Familie.

In einem Hause im Osten Berlins wurde ein furchtbares Familiendrama aufgedeckt. Der Vater des dort wohnenden 25jährigen Arbeiters Gerd Loge benachrichtigte die Polizei, daß aus der Wohnung seines Sohnes kein Lebenszeichen dringe. Polizei und Feuerwehr öffneten die Wohnung. Man fand die Frau des Arbeiters sowie das vierjährige Söhnchen mit einem Hammer erschlagen auf. Das zweite sieben Monate alte Kind lag gleichfalls tot in seinem Bette.

Loge hat seine Frau und sein ältestes Kind getötet und dann Selbstmord durch Erhängen verübt. Da die Leiche des jüngsten Kindes keine Verletzungen aufweist, muß angenommen werden, daß es verhungert ist. Loge war seit längerer Zeit arbeitslos.

Deutsch-Schweizerische Wirtschaftsverhandlungen.

Bundesrat Schulthess, der Leiter des schweizerischen Wirtschaftsdepartements, hat dem Bundesrat in der Vormittagsitzung am Freitag über den Stand der deutsch-schweizerischen Wirtschaftsverhandlungen einen Bericht erstattet, aus dem hervorgeht, daß der erste Abschnitt der Unterhandlungen am Sonnabend beendet wird. Die deutschen Unterhändler werden alsdann nach Berlin zu reisen, um sich mit den zuständigen deutschen Stellen weiter zu besprechen. Die Verhandlungen, die sich so schwierig und langwierig gestalten, sollen alsbald wieder aufgenommen werden. Man rechnet nicht mit einem raschen Abschluß.

Was kommt nach dem Hoover-Jahr?

Frankreichs Absichten.

Im Zusammenhang mit der Schuldenregelung weiß der Washingtoner Sonderkorrespondent des Pariser „Intransigant“ zu berichten, daß Frankreich vor Ablauf des Hoover-Jahres eine neue Prüfung der internationalen Finanzlage und insbesondere derjenigen Deutschlands vorschlagen werde. Es werde im übrigen grundsätzlich an der Zahlungsverpflichtung festhalten, in der Frage der Zahlungsweise und der Transferierung sich jedoch nicht anzulänglich zeigen.

Schnellgerichtsverfahren gegen meuternde Matrosen.

Sühne für den wilden Streit in russischen Häfen.

Vor dem Schnellgericht im Hohenauer Rosthaus

Agarfragen im Preußenparlament

Bertagung des Preussischen Landtages.

(257. Sitzung.)

OB. Berlin, 23. Oktober.

Der Preussische Landtag nimmt zu Beginn seiner Freitagssitzung zunächst einen Antrag des Ausschusses für landwirtschaftliches Siedlungswesen an, worin das Staatsministerium ersucht wird, für die Siedlung Neu-Schwante einen Trennhäuser zu bestellen und beschleunigt eine Prüfung der Verhältnisse der Siedler durchzuführen. Das Haus berät sodann den

deutschnationalen Mißtrauensantrag gegen den Landwirtschaftsminister.

Abg. Schwecht (Dn.), der den Antrag begründet, wirft die Fragen auf, ob für den bevorstehenden Winter die Ernährung des Volkes sichergestellt sei, wie es überhaupt mit dem Nährstand stehe und wer die trostlose Lage der deutschen Landwirtschaft verschuldet habe. Der Minister müsse vor der Öffentlichkeit Rechenschaft darüber ablegen, was er getan habe, um die hereinbrechende Katastrophe zu verhindern.

Der katastrophalen Lage der Landwirtschaft könnten die Mittel nicht abhelfen, die von der preussischen und der Reichsregierung angewandt würden. Alle Versprechungen, die Reichstanzler Brünning in der Regierungserklärung seines ersten Kabinetts zugunsten der Landwirtschaft abgegeben habe, seien unerfüllt geblieben. Der Redner schildert die Schwierigkeiten der landwirtschaftlichen Veredelungs- und Vertriebsverhältnisse, die demgegenüber auf die umfangreiche Einfuhr von Bananen und anderen ausländischen Erzeugnissen. Die Osthilfe sei ein Opfer der Sanierungsbürokratie. Wenn einmal Anträge für die Landwirtschaft im Landtag angenommen würden, so führe sie der Minister nicht aus. Deutschland könne nur gerettet werden, wenn es sich vom herrschenden marxistischen System befreie und auf die nationale Bewegung vertraue.

Abg. Weidemann (Soz.) begründet eine sozialdemokratische Große Anfrage, die sich

gegen Bevorratung des Großgrundbesitzes bei der Umschuldung wendet.

In der Aussprache erklärt Abg. Peters-Hochdorn (Soz.), die Schließung der deutschen Grenzen gegen landwirtschaftliche Auslands- und Ausfuhrerzeugnisse sei ohne Schädigung anderer Volksteile nicht möglich. Die Folge würde eine weitere Zunahme der Arbeitslosigkeit um mehrere Millionen sein.

Abg. Schmelzer (Ztr.) erklärt, die Vorwürfe des deutschnationalen Mißtrauensantrages gegen den Landwirtschaftsminister seien unberechtigt. Eine

Drosselung der landwirtschaftlichen Einfuhr

hält der Redner für unerwünscht. Es müsse aber darauf hingewiesen werden, daß die Einfuhr bereits erheblich gesunken sei, weil in den letzten Jahren planmäßig an der besseren Ausnutzung des deutschen Bodens gearbeitet worden sei. Den Bauern verschweige man geistlich die Leistungen des preussischen Landwirtschaftsministeriums.

Landwirtschaftsminister Dr. Steiger

gibt einen kurzen Überblick über die Maßnahmen, die das Ministerium unter seiner Leitung für die Landwirtschaft, insbesondere auch für die Viehhaltung und den Absatz des Viehes getroffen habe. Hinsichtlich der Roggenwirtschaft seien wir zu einer tadellosen Ordnung sowohl bezüglich des Erzeugers als auch des Verbrauchers gekommen. Zwecks Behebung der Schwierigkeiten auf dem Kartoffelmarkt habe er für die Vermischung von Kartoffelmehl zum Brot gefordert. Seit Wochen werde im Ministerium über Verbilligung der Siedlungen beraten. Planmäßig sei die Förderung des Grundkreditwesens durchgeführt worden. Die deutsche Volksernährung sei durchaus gesichert, unsere Obst- und Gemüseernte sei so groß, daß kaum die Massen der Erzeugnisse verbraucht werden könnten.

Abg. Wendt-Bingitz (Dn.) wirft dem Minister vor, er habe ein schlechtes Gewissen und schiebe daher die Schuld auf

begann das Verfahren gegen die deutschen Seeleute, die während des Aufenthaltes in russischen Häfen einen wilden Streit durchgeführt hatten. Die angeklagten fünf meuternden Heizer des Hamburger Dampfers „Alfa“ wurden auf Grund des Paragraphen 101 der Seemannsordnung (gemeinsame Verweigerung des Gehorsams) zu je zwei Monaten Gefängnis und Tragung der Kosten des Verfahrens verurteilt. Der Haftbefehl wurde aufrechterhalten, weil Fluchtverdacht vorliege.

Aus der Vernehmung der fünf Angeklagten und der Zeugen ergab sich, daß die Heizer und zwei Matrosen der „Alfa“ am 6. Oktober an einer Versammlung im Lenin-grad-Seeemannsclub teilnahmen, in der ein Streikbeschluss erzwungen wurde. Von den etwa 300 Anwesenden stimmten 231 für den Streik, zehn dagegen. Am 7. Oktober morgens streikten fünf Heizer der „Alfa“. Die Matrosen nahmen die Arbeit wieder auf. Am 8. Oktober wurden die Matrosen sowie ein Heizer, die arbeiteten, von einem Rottkommando der Streikenden gewaltsam von Bord geholt und zum Streiklotus geschleppt. Der Heizer wurde dabei geschlagen und mißhandelt. Der Kapitän rief vergeblich nach polizeilichem Schutz, als das Rottkommando an Bord kam. Sein Agent riet ihm, gegen das Rottkommando nicht Gewalt anzuwenden, weil er sonst durch die Russen verhaftet würde. Als das Schiff am 11. Oktober abends fertig beladen war, verweigerten die Heizer die Arbeit. Es kamen erneut Rottkommandos an Bord, rissen die Feuer unter den Kesseln hervor und setzten schließlich einen Posten an Bord, der das Auslaufen verhindern sollte.



Die Landung der ersten Seeleute in Kiel unter Bewachung von Polizei, die die Meuterer sofort dem Schnellgericht zuführte.

Weitere deutsche Schiffe aus Leningrad vor Hohenau.

Von den Dampfern „Dione“ und „Bortilla Ruf“ wurden weitere Meuterer heruntergeholt. Das Schnellgericht verhandelte gegen sieben Meuterer des Dampfers „Dione“, zurzeit liegen die Dampfer „Pinnau“, „Karl Friedrich Ruf“, „Breitenbach“ und „Haffelsburg“ auf der Reede. Die Angeklagten des Dampfers „Dione“ wurden zu je drei Monaten Gefängnis verurteilt. Die Angeklagten nahmen die Strafe an.

Im Anschluß hieran begann der Prozeß gegen sechs Meuterer des Dampfers „Bjurgis“. Darauf wird gegen acht Meuterer der „Eufneal“ der Reederei August Volken verhandelt. Inzwischen ist ein weiterer Dampfer namens „Günter Ruf“ in Hohenau eingetroffen.

andere. Das Vordringen der Landwirtschaft gehe aber zweifellos letzten Endes auf den Marxismus zurück. Der Redner weist auf

die große Preisspanne bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen hin, und erklärt, die Regierung habe nichts getan, um die hohen Zwischengewinne zu verringern.

Abg. Han-Verlin (Komm.) betont, Hunderte von Millionen seien der Landwirtschaft zur Verfügung gestellt und hohe Zölle zu ihrem Schutz geschaffen worden, ohne daß die Krise der Landwirtschaft durch das kapitalistische System habe beseitigt werden können.

Abg. Bollmers-Altenhof (Landvolk) betont,

die Getreidepolitik Schietes

hat zu Erfolgen geführt und muß in der Landwirtschaft Anerkennung finden. Das preussische Staatsministerium habe im Reichsrat aber fast regelmäßig in entscheidenden Fragen eine Haltung eingenommen, die nicht im Interesse der Landwirtschaft lag. Hier hat ohne Zweifel auch der Landwirtschaftsminister Steiger versagt. Beistehend sei es, daß die Deutschnationalen durch die Einbringung ihres Mißtrauensantrages im gegenwärtigen Zeitpunkt die bäuerlichen Abgeordneten gezwungen hätten, bereits in vierzehn Tagen wieder nach Berlin zu kommen, obwohl gerade die Landwirte jetzt die Äcker für die neue Ernte vorzubereiten hätten.

Abg. Bachhorst de Wente (Staatspartei) erklärt, daß gerade der gegenwärtige preussische Landwirtschaftsminister eifrig für die Interessen der Landwirtschaft bemüht sei. Der Redner vertritt noch besonders die Interessen des Bauernstandes.

Abg. Schmidt-Breslau (D.-F.) erklärt, daß seine Fraktion es ablehnen müsse, die aussichtslosen Mißtrauensanträge gegen einzelne Minister mitzumachen. Mit einer Lösung der Weltwirtschaftskrise werde auch den Notizen der deutschen Landwirtschaft abgeholfen werden können. Die Wirtschaftspartei fordere freies Spiel der Kräfte für Handel und Gewerbe.

Abg. Meyer-Hermisdorf (Volkssdienst) meint, es sei den Antragstellern nicht ernst mit ihren Mißtrauensanträgen. Die Rechte des Landtags würden durch die von den Deutschnationalen angeforderten weiteren Mißtrauensanträge zu einer Farce herabgewürdigt.

Abg. v. Dettin (Rad. Mittelstandsp.) erörtert Mißstände im Weinbau und wendet sich besonders gegen die Einfuhr hochprozentiger Weine aus Griechenland und Italien.

Abg. Graf von Garnier (Dn.) vermißt eine

Förderung der Forstwirtschaft

durch den Landwirtschaftsminister. In den letzten drei Jahren seien die Holzpreise um 50 Prozent gefallen. Es müßten endlich Maßnahmen gegen die Überwinnung Deutschlands mit ausländischem Holz und zur Verbilligung der Holzfrachten im Inlande getroffen werden.

Landwirtschaftsminister Dr. Steiger erklärt, daß er sich stets gegen die Einfuhr von Holz gewandt habe. Auch sei seitens des preussischen Landwirtschaftsministeriums stets auf eine Verbilligung der Holzfrachten hingewirkt worden. Die Schwierigkeiten auf dem Holzmarkt seien jedoch nicht zuletzt auf den gegen früher stark verminderten Holzverbrauch zurückzuführen.

Die Abstimmung über den Mißtrauensantrag findet in der nächsten Sitzung, am 4. November, statt.

In einem Schlußwort macht Abgeordneter Logemann (Dn.) besonders auf die Not der Landwirtschaft im Osten aufmerksam, wo die Schwierigkeiten anerkanntermaßen am größten seien. Die deutsche Landwirtschaftspolitik muß auf eine Selbstversorgung des deutschen Volkes gerichtet sein, da der Zeitpunkt vielleicht nicht mehr allzu fern sei, in dem Deutschland seine landwirtschaftlichen Produkte mehr einführen kann, weil die Devisen fehlten.

Gegen 13 Uhr vertagt sich das Haus auf Mittwoch, den 4. November: Anträge über die Notlage der Gemeinden, Abstimmung über den Mißtrauensantrag gegen den Landwirtschaftsminister und kleine Vorlagen.

Lokales und Provinzielles

Halver, den 24. Oktober 1931.

Aus dem Weinberg.

Joh. 15, 5: Ich bin der Weinstock, ihr seid die Reben. Wer in mir bleibt und ich in ihm, der bringt viele Frucht, denn ohne mich könnt ihr nichts tun.

Unser Weg führte hindurch zwischen Weinbergen. Einige waren abgeerntet, in einigen hingen noch die Trauben. Sie zeigten uns sichtbar vor den Augen die eindringliche Predigt, die Jesus im Gleichnis zusammenfaßt, mit all ihrem tiefen Ernst und all ihrer beglückenden Verheißung. Hier sahen wir, was er sagt. In einer Ecke lagen abgeschnittene Reben im lockeren Haufen, das waren die, die keine Frucht angelegt hatten. Hier und da hingen Reben herab vom Stod, halb abgebrochen, mit verkümmerten Trauben. Wo aber die Trauben voll ausgereift waren, da war erstaunlich zu sehen, welche Fülle die dünne Rebe der Traube geben kann.

Nun sagt Jesus: Was für die Rebe gilt, das gilt auch für uns: „Wer in mir bleibt und ich in ihm.“ Er sagt nicht, wer an mir bleibt. Das genügt nicht. An ihm waren auch die, die abgeschnitten in der Ecke lagen, aber der innere Strom des Lebens, der war nicht da. An ihm oder bei ihm, d. h. äußerlich mit ihm verbunden sind viele Christen, aber die innere Verfestung in sein Wesen, das Aufsaugen seines Willens in unser eigenes Wesen, das fehlt und so bleibt unser Leben ohne Frucht. Der inneren Trennung folgt früher oder später die äußere Auflösung. An ihm bleiben auch die, die den eingeknickten Reben gleichen. Sie setzen Frucht an und entwickeln sie auch. Aber ganz unmerklich, sei es durch äußere Einflüsse oder durch innere Vorgänge, tritt ein Bruch zwischen Rebe und Stod, zwischen Jesus und uns. Die Entwicklung der Frucht geht nicht so weiter, wie sie verheißungsvoll angefangen hatte, weil der volle Zufluß aus Christus nicht mehr übergehen kann in uns.

Das gilt für den einzelnen, wie für ganze Schichten und Zeitalter. Ohne den steten lebendigen Zufluß aus Christus und seinem Wesen reißt die Menschheit nicht weiter. Wo aber Menschen sich mit tiefer Seele in ihn einfinden und willig offen sind dem Einstrom seines Wesens und seines Willens, da gibt es edle Frucht. Ein jeder gute Weinberg ist eine lebendige Predigt dafür, was eine Menschenseele an Fülle des Segens von Jesus empfangen und, in tiefstem Dienst mit ihm verbunden, an andere als reife Frucht weitergeben kann.

Wie wird das Wetter?

Nach den schönen Herbsttagen um die vorige Woche wende jetzt neue Störungen ein. Das Wetter wurde bei stark aufsteigenden Winden veränderlich. Unter dem Einfluß hereinbrechender Luftmassen aus dem Polar-gebiet trat in ganz Deutschland ein kräftiger Temperatursturz ein. In den Mittelgebirgen, ganz besonders aber im Erzgebirge, kam es zu schweren Schneefürmen. Selbst im mitteldeutschen Flachland schneite es wiederholt ziemlich stark. In den Nächten wurden ziemlich scharfe Fröste beobachtet; in Mittel- und Norddeutschland sank die Quecksilbersäule auf 3–4, in Süd- und Südwestdeutschland auf 5 Grad Celsius unter den Gefrierpunkt. Das über Mitteleuropa sich entfaltende Hochdruckgebiet sorgte

An die Christenheit der Welt.
Der Deutsche Evangelische Kirchenausschuß zur Kriegsschuldfrage.

Der in Berlin versammelte Deutsche Evangelische Kirchenausschuß, die oberste Vertretung der im Kirchenbund zusammengeschlossenen deutschen Landeskirchen, hat zur Kriegsschuldfrage eine Kundgebung beschlossen, in der es u. a. heißt: Seit dem Jahre 1922 hat der Deutsche Evangelische Kirchenausschuß keine Gelegenheit vorübergehen lassen, ohne gegen die Kriegsschuldfrage seine Stimme zu erheben. In Bern 1926 und in den folgenden Jahren hat der Präsident des Deutschen Evangelischen Kirchenausschusses in tiefem Ernst mehr und mehr auf die Unmöglichkeit der durch das Versailler Diktat geschaffenen Lage hingewiesen. Noch im August dieses Jahres hat er in Cambridge Einspruch erhoben gegen das bis jetzt noch offiziell aufrechterhaltene Unrecht, das dem deutschen Volke in der Kriegsschuldfrage angetan ist. Noch ist das Unrecht nicht von uns genommen; die Behauptung von der Kriegsschuld zehrt am Marke unseres Volkes.

Wegen Spionage zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt.

Das Reichsgericht hat den Händler Martin Krieger aus Aachen wegen Verrats militärischer Geheimnisse zu fünf Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrenrechtsverlust verurteilt. Krieger hat seit Beginn des Jahres 1926 fortgesetzt an zwei auswärtige Nachrichtenagenten Nachrichten über die Schutzpolizei in Aachen, Köln, Duisburg und anderen Städten, ferner Nachrichten über Bahnhöfe und Bahnhofsanlagen in den Grenzbezirken gelangen lassen. Der Angeklagte hat ferner den Reichsbahnverfallstättenvorsteher Appel, der zu vier Jahren Zuchthaus wegen Spionage verurteilt worden ist, den Agenten als geeignete Persönlichkeit für Spionagedienste zugeleitet. Bei der Strafzumessung ist strafverschärfend ins Gewicht gefallen, daß der Angeklagte früher selbst Polizeibeamter war, wenn er auch die ihm jetzt zur Last gelegten Verbrechen nicht während, sondern erst nach Ablauf seiner Amtszeit begangen hat.

Sklarefs Silberpokal wird dem Gericht überreicht.

Die Liquidation der RWG.

Im Sklaref-Prozess überreichte einer der Verteidiger dem Gericht den Silberpokal, von dem Leo Sklaref behauptet hatte, daß auf ihm die Namen der wahrhaft Schuldigen eingraviert seien. Unter diesen Namen befindet sich Fritz Brolat, Edgar Wolf (M. d. R.), Paul Kirsch (Staatsminister a. D.), Bürgermeister Fritz Schneider usw. Leo Sklaref stellt fest, daß die Stadtbankdirektoren Hoffmann und Schmidt einen besonderen Pokal geschenkt hätten. — Das Gericht kommt dann auf

Auflösung der RWG.

zu sprechen. 1924 schon sollen Vorbesprechungen auf Verreiben der Sklarefs geführt worden sein. Es soll auch ein schriftlicher Vorvertrag abgeschlossen worden sein. Willi Sklaref und Bürgermeister Kohl können sich daran nicht mehr erinnern und behaupten, daß ihre damaligen Aussagen vor dem Untersuchungsrichter unter Zwang erfolgt seien. Bürgermeister Kohl richtet schwere Vorwürfe gegen den Staatsanwaltschaftsrat Dr. Weisenberg, dessen Verhalten ihm gegenüber eine Tortur gewesen sei. Diese Vorwürfe werden von der Staatsanwaltschaft mit aller Schärfe zurückgewiesen.

Nach der Erholungspause
Der Reichskanzler wieder an der Arbeit

Reichskanzler Dr. Brüning hatte sich nach den schweren politischen Kämpfen der letzten Zeit für einige Tage zur Erholung in einem Kurort im Siebengebirge aufgehalten. Während dieser Zeit hatte er verschiedene Besprechungen, u. a. mit führenden Vertretern der Wirtschaft und der Finanzen. So weilten der westdeutsche Industrielle Springorum und der Amsterdamer Bankier Dr. Broel sowie der Leiter der Reichsbankfiliale Köln bei dem Kanzler. Im Laufe des Mittwochs hatte der Oberpräsident der Rheinprovinz mit ihm eine längere Aussprache.

Nach der Rückkehr des Kanzlers nach Berlin werden jetzt sofort die Beratungen des Reichskabinetts wieder aufgenommen werden, um das drängende Winterprogramm fertigzustellen. Die Verhandlungen mit dem neuen Wirtschaftsrat unter Vorsitz des Reichspräsidenten werden einen neuen Ton in die Kabinettsberatungen bringen. Hauptsächlich in der Frage der Behandlung der Tarifverträge, aber auch in zollpolitischen Beziehungen, wo die teilweise sich widersprechenden Interessen der Industrie mit denen der Landwirtschaft unter einen Hut gebracht werden müssen, wird der Rat sein Urteil abzugeben haben.

An der Zusammenfassung des Wirtschaftsbeirates ist verschiedentlich Kritik geübt worden. Von zuständiger Stelle wird in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, daß es sich bei dem Wirtschaftsbeirat um keine Körperschaft handelt, die Beschlüsse fassen, sondern nur um eine solche, die Ratschläge erteilen soll. Es komme also nicht darauf an, wie sich zahlenmäßig das Verhältnis der Arbeitgeber zu den Arbeitnehmern im Wirtschaftsbeirat stelle, sondern welche Vorschläge aus der Körperschaft gemacht würden.

Auch eine neue Notverordnung ist bereits wieder fertiggestellt worden und erwartet die Sanktion des Reichskanzlers. Auf Grund der Notverordnung des Reichspräsidenten wird in wenigen Tagen eine Verordnung erscheinen, die allgemein der Herausgabe von Notgeld vorbeugen soll.

Das außenpolitische Arbeitsprogramm des Reichskanzlers für die nächsten Tage weist den Besuch des italienischen Außenministers Grandi in Berlin auf. Grandi wird ja hier Dr. Curtius, mit dem er in Rom verhandelt hatte, nicht mehr vorfinden, und Dr. Brüning wird seinen Partner in Rom, Mussolini, vermissen. Es ist aber zu hoffen, daß deswegen die Aussprache nicht weniger herzlich sein und zum guten Einvernehmen der beiden Völker beitragen wird.

Grandi freut sich auf Hindenburg.

Die Bedeutung seiner Berlinreise.

Der italienische Außenminister Grandi empfing

Flugzeugunfall bei Dessau.

Die Besatzung unverletzt.

Eine Junkersmaschine vom Typ F 24 (Junkers-Schwerölmotor) mit sieben Mann war unter Führung des Piloten Hähnchen zu einem Wertstättenflug aufgestiegen. Vor der Landung, die nach einem Gleitfluge

erfolgen sollte, streifte der Führer ein Haus und ritz den Schornstein um. Dann raste der Apparat mit voller Wucht in einen Kiefernwald und knickte eine Anzahl starker Kiefernstämme um. Die Flügel wurden stark beschädigt. Die Führerkabine und der Rumpf dagegen blieben ziemlich unverletzt. Sowohl der Führer wie auch die Mitfahrenden entfielen unverletzt der Maschine.

Für Neugliederung des Reiches.

Der Preussische Landtag für Verfassungsreform.

Der Verfassungsausschuß des Preussischen Landtages nahm mit den Stimmen der Antragsteller, der Regierungsparteien und des Vertreters der Volksrechtspartei, Abgeordneten Graf von Posadowsky, einen Antrag der Deutschen Fraktion in abgeänderter Fassung an, wonach das Staatsministerium dahin wirken soll, daß demnächst im Reich im Rahmen der Reichsreform eine Neugliederung des Reiches durchgeführt wird. Dagegen wurde ein deutschnationaler Antrag abgelehnt, in der Länderkonferenz alle Versuche zur Zerschlagung oder staatsrechtlichen Minderung Preußens mit allem Nachdruck zurückzuweisen.

Gegen das System Brüning-Braun.

Deutschnationale Vorstöße im Preussischen Landtag.

Wie die deutschnationale Fraktion des Preussischen Landtages mitteilt, bedeute der Mißtrauensantrag gegen den preussischen Landwirtschaftsminister Steiger den Beginn einer großen politischen Aktion gegen das System Brüning-Braun. Da der Reichstag vertagt sei, glaube die deutschnationale Landtagsfraktion die Pflicht zu haben, die gesamte deutsche Politik in den Rahmen der preussischen Vorstöße gegen das herrschende System hereinziehen zu müssen. Dem Mißtrauensantrag gegen Dr. Steiger, der indirekt auch gegen den Reichsernährungsminister Schiele gerichtet sei, würden in kürzerer Frist weitere folgen, die der Deutschnationalen Volkspartei die erwünschte Möglichkeit geben sollen, vor dem Lande die gesamte deutsch-preussische Politik aufzurollen.

erfolgen sollte, streifte der Führer ein Haus und ritz den Schornstein um. Dann raste der Apparat mit voller Wucht in einen Kiefernwald und knickte eine Anzahl starker Kiefernstämme um. Die Flügel wurden stark beschädigt. Die Führerkabine und der Rumpf dagegen blieben ziemlich unverletzt. Sowohl der Führer wie auch die Mitfahrenden entfielen unverletzt der Maschine.

erfolgen sollte, streifte der Führer ein Haus und ritz den Schornstein um. Dann raste der Apparat mit voller Wucht in einen Kiefernwald und knickte eine Anzahl starker Kiefernstämme um. Die Flügel wurden stark beschädigt. Die Führerkabine und der Rumpf dagegen blieben ziemlich unverletzt. Sowohl der Führer wie auch die Mitfahrenden entfielen unverletzt der Maschine.

Samstag und Sonntag

die grossen

Verkaufstage!

Heute Samstag und morgen Sonntag: das sind die beiden großen Verkaufstage — wohl die wichtigsten der Saison — die Ihnen in allen Abteilungen unseres Hauses eine Riesenauswahl ganz erstaunlich vorteilhafter Angebote zur Verfügung stellen. Zwei Tage also für Sie und Ihre Söhne, um jetzt das Beste, was Sie für Herbst und Winter brauchen, bei uns zu allerniedrigst errechneten Preisen einzukaufen!

Ulster u. Ulster-Paletots

gute und beste Qualitäten in größter Auswahl ganz besonders preiswert

19.75 39.- 59.- bis 125.-

Jüngl.-Mäntel u. Anzüge

in frischen, jugendlichen Formen, starke, strapazierfähige Qualitäten

16.50 25.- 33.- bis 69.-

Hosen und Joppen

Gestreifte Hosen . . . ab Mk. 1.95

Buckskin-Hosen . . . ab Mk. 2.90

Golf-Hosen ab Mk. 3.90

Moderne Herren-Anzüge

für Strasse und Sport in guten und besten Qualitäten so billig:

29.75 49.- 69.- bis 110.-

Moderne Knaben-Mäntel

Kieler Mäntel und neue, sehr kleidsame Formen in aparten Dessins

3.90 5.90 9.75 bis 29.75

Leichte Joppen . . . ab Mk. 6.90

Winter-Joppen . . . ab Mk. 9.75

Morgen-Joppen . . . ab Mk. 14.75

Lampe

H A G E N

Sonntag sind unsere Geschäftsräume von 2 bis 6 Uhr geöffnet!

nächst für ein Nachlassen der Niederschläge. Die Ver-
minderung der Wetterlage dürfte jedoch kaum von langer
Dauer sein, da vom Ozean her bereits neue Störungs-
herde im Anzuge sind.

test des Preussischen Landgemeindetages West gegen die
Stützung der Landesbanken beabsichtigten Erhöhung
der Bürgersteuer.

Der Preussische Landgemeindetag West hat gegen die
Grund eines Erlasses des Preussischen Ministers des
Innern von den Oberpräsidenten der Rheinprovinz und
der Provinz Westfalen zur Stützung der Landesbanken be-
absichtigte Erhöhung der Provinzialumlage, die eine Er-
höhung des Aufkommens der Bürgersteuer um 50% in
einigen Gemeinden zur Folge haben soll, in einer Eingabe an
den Preussischen Finanzminister sowie an den Preussischen
Minister des Innern scharfen Widerspruch erhoben. Abge-
sehen davon, daß eine solche Regelung, durch die an sich
beteiligten Gemeinden zur Sicherung der insbesondere in
den Großstädten und großen Gemeinden aufgenommenen
Kredite Mittel aufbringen müssen, eine außerordent-
liche Härte bedeutet und den Glauben an die Gerechtigkeit
öffentlicher Maßnahmen bei der Landbevölkerung auf-
zuheben, hat sich der Preussische Landge-
meindetag West gegen die beabsichtigte Erhöhung der Pro-
vinzialumlagen überhaupt gewendet.

Ein großer Teil der von den Gemeinden mit den bei
den Landesbanken aufgenommenen Krediten finanzierten An-
lagen ist nicht nur aus gemeindepolitischen, sondern auch
aus staatspolitischen Gründen durchgeführt. So diente die
Erschließung der Erwerbslosen bei vielen Notstandsarbeiten
für die die Gemeinden erhebliche Darlehen aufgenommen
haben, der Milderung der Arbeitslosigkeit. Auch die
Verwendung erheblicher Darlehen für den Wohnungsneubau
ist keineswegs nur im Interesse der Gemeinden ge-
schehen. Die Gemeinden sind schon durch die unerträglich
hohen Zinsen, die für diese Kredite nach Eintritt der Zah-
lungsschwierigkeiten der Landesbanken festgesetzt sind, über-
mäßig in Anspruch genommen. Es ist für sie bei den
steigenden Wohlfahrtslasten, den erhöhten Ausgaben für
die Krisenfürsorge und dem erheblichen Rückgang der Steu-
ereinnahmen unmöglich, noch eine weitere Belastung zu
nehmen der Landesbanken zu übernehmen. Der Preus-
sische Landgemeindetag West hat daher dringend gebeten,
die Anordnung auf Erhöhung der erhöhten Provinzialum-
lage in den beiden Westprovinzen zurückzuziehen.

Halver

—) Jugendgottesdienst am Reformationstage. Am
Samstag, den 31. Oktober findet in unserer ev. Kirche vor-
mittags 10 Uhr ein Jugendgottesdienst statt, an dem die
Schüler und Schülerinnen teilnehmen werden. Auch die
Gemeinde ist herzlich eingeladen.

—) Fahrraddiebstahl. Gestern wurde einem Schuh-
macher aus der Kronprinzenstraße in Halver aus einem
unverschlossenen Raume ein Fahrrad entwendet.

Kierspe

—) Da auch im hiesigen Bezirk zahlreiche Land-
arbeiterbauteile errichtet sind, wird wegen der allgemein
am 15. Nov. d. J. fällig werdenden Zahlungen der
Kontenraten auf die Einhaltung dieses Termins hinge-
wiesen. Insbesondere machen wir auf die Folgen eines
zeitigen Zahlungszurückbleibens aufmerksam. Landarbeiter die
im nächsten Jahr ein Eigenheim errichten wollen, und
ein bezügl. Darlehen in Anspruch zu nehmen wünschen,
können Anträge bei der hiesigen Amtsverwaltung vorlegen.
Die Sache eilt aber, da Anträge frühzeitig bearbeitet und
eingereicht werden müssen.

—) Fuchsjagd der Kiersper Reitabteilung. Wie schon
kurz berichtet, veranstaltet die Kiersper Reitabteilung mor-
gen eine Fuchsjagd. Der vorausgehende Geländeeritt beginnt
um nachmittags 2 Uhr ab Sportplatz, und führt über
Blankenberg durch die Rangenbach nach Kierspe-Whf., von
dort durch die Schnürrenbach über den Arney durch
Kiersperhagen, Woeste in die Büchen. Hier selbst findet
der Auslauf zur Fuchsjagd statt. Die Reiter dürften gegen
4 Uhr in den Büchen eintreffen.

—) Die jahrhunderte alten Hüttenbrücker Hammer der
Firma Engstfeld & Co. in Bollwerk sind niedergelegt wor-
den, da nicht zu erwarten stand, daß sie wieder in Be-
nutzung kommen. Auch die Vorther Hammer der Firma
G. Steinbach liegen seit längerem still und verfallen.
Der Rhader Hammer wurde nach dem Krieg in eine Darre
umgewandelt, der Boswinkelsche Hammer in Kierspe-Whf.
in eine Fabrik umgebaut und der im Kierspetal abge-
brannte Sondermannsche Hammer nicht wieder aufgeführt.
Vorher wurde der Lohmanns Hammer am Bergerischleif-
totten und der Schmidthausen Hammer von Cordt u. Huppert
niedergelegt. Auch der Erlener Hammer liegt wie der
Sprotterhammer seit Jahren still. So verschwindet ein
Wahrzeichen der alten heimischen Industrie nach dem
ändern in unseren Bergen. Es wird nicht lange mehr
dauern und das Radetack der alten Wasserräder ist in
der hiesigen Gegend verfallen und hat den größeren An-
lagen der Fabriken weichen müssen.

Sitzung der Gemeindevertretung Halver

Halver, den 24. Oktober 1931.

Im Sitzungssaale des Amtshauses fand am gestrigen
nachmittag eine Sitzung der Gemeinde-Vertretung statt,
zu der sämtliche Vertreter erschienen waren. Ebenso nahm
an der Sitzung teil Bürgermeister Watermann.

Gemeindevorsteher Fernholz eröffnete gegen 4.40 Uhr
die Sitzung und bat den Punkt 5, Schiedsmannswahlen als
Dringlichkeitsantrag an den Schluß der heutigen Tages-
ordnung zu stellen. Vertretung erklärte sich damit einber-
standen. Ebenso die Punkte 6-14, Steuererläßanträge,
in geheimer Sitzung zu behandeln, wurde stattgegeben.

1. Winterhilfe 1931. Der Gemeindevorstand schlägt vor
nach Maßgabe des Vorjahres eine Winterhilfe 1931 durch-
zuführen und hat bereits die Durchführung in die Wege ge-
leitet. Gemeindevorsteher Fernholz macht hierzu folgende
Mitteilung: Für die diesjährige Winterhilfe sind rd.
22.000 RM erforderlich. Dieser Betrag wird gedeckt durch
12.333 RM Sparfahrszinsüberschüsse und einer Kreisbei-
hilfe von 3125,27 RM, so daß ein Fehlbetrag von rd. 7000
RM verbleibt. Der Gemeindevorstand in Verbindung mit
dem Fürsorgebeirat habe den diesjährigen Plan in mehr-
fachen Darstellungen durchgearbeitet und jeden vorliegenden
Fall aufs genaueste geprüft. Fehlerteile gab es immer und
ließen sich beim besten Willen nicht vermeiden. Vorausblick
seien bisher 6092 Ztr. Kohlen und 4283 Ztr. Kartoffeln.
Die Zahl der Unterstützten betrage: 17 allgemeine Für-
sorgeempfänger, 50 Sozialrentner, 10 Kleinrentner, 70
Wohlfahrtsempfänger und 289 Erwerbslose. Er bitte die
Vertretung die Winterhilfe nach dem Grundsatz und Ver-
teilungsplan des Fürsorgebeirats zu genehmigen und es
dem Gemeindevorstand anheim zu geben für die restlichen
7000 RM im Laufe des Rechnungsjahres für Deckung
Sorge tragen zu wollen. Vertretung genehmigt den Vor-
schlag einstimmig.

Vertr. Paulmann fragt an, ob die von der Landwirt-
schaft freiwillig zur Verfügung gestellten 600 Ztr. Kar-
toffeln in den angegebenen Zahlen enthalten seien, oder
ob diese auf Konto Nothilfe gingen. Der Vorsitzende er-
klärt hierzu, daß die 600 Ztr. in den angegebenen Zahlen
enthalten seien, doch würde der Betrag von 1800 RM auf
das Konto Nothilfe von der Gemeinde eingezahlt werden.

Vertr. Worlinghaus bittet noch, den Gemeindevor-
stand zu ermächtigen, nicht strikte an der Summe von 7000
RM gebunden zu sein, sondern einen etwas freien Spiel-
raum zu belassen. Gegen den Vorschlag hatte Vertretung
nichts einzuwenden.

2. Erwerb und Veräußerung von Wegeparzellen für den
Weg Engstfeld-Auf dem Heide. Gemeindevorsteher gibt
hierzu folgende Aufklärung, der vorgenannte Weg ist ver-
meinen worden und ist bei den anliegenden Grundstücken
eine Verschiebung eingetreten. Die Gemeinde erwirbt
5,93 ar auf der anderen Seite muß sie 1,16 ar abgeben. Die
Vermessungs- und Ueberschreibungskosten trägt die Ge-
meinde. Vertretung gibt ihr Einverständnis zu dem Aus-
tausch.

3. Änderung der Anrechnungswerte der Lehrerdienst-
wohnungen. Die Regierung in Arnberg hat die Anrech-
nungswerte der Lehrerdienstwohnungen nachgeprüft und in
verschiedenen Fällen geändert.

Die Neuverteilung ergibt folgende Sätze für die nach-
stehenden Schulen

Lüdenscheid. Einführung der Getränkesteuer
In einer Pressebesprechung wies der Oberbürgermeister dar-
auf hin, daß sich der Fehlbetrag im Stadthaushalt trotz
allen Sparmaßnahmen auf etwa 200.000 RM erhöht habe.
Es ist dies eine Folge des Ausfalles der Landeshilfe und
der notwendig werdenden Erhöhung der Provinzialabga-
ben, welche letztere erforderlich werden, um die Landesbank
zu sanieren. Der Vortragende wies besonders darauf hin,
daß die Stadt Lüdenscheid keine Veranlassung gegeben habe,
daß es um die Lage der Landesbank so schlecht stehe; Lü-
denscheid habe immer sparsam gewirtschaftet und Guthaben
bei der Landesbank beiseite. Ein weiterer Ausfall wird
durch das Ausbleiben der Reichshilfe entstehen, die man
mit 18.000 bis 20.000 RM angesetzt habe. Die Verwaltung
hat mit dem Finanzausschuß und mit dem Magistrat ber-
aten, um Wege zu finden, die neue Einnahmen erschließen
könnten. Die doppelte Bürgersteuer ist bereits vor einiger
Zeit beschlossen worden, eine weitere Erhöhung von 100
Prozent (also die doppelte Steuer) wurde sowohl vom Fi-
nanzausschuß wie vom Magistrat abgelehnt. Eine weitere
Erhöhung der Biersteuer (ihre Satz war schon einmal ver-
doppelt worden) wurde ebenfalls abgelehnt. Dagegen kam
man überein, die Getränkesteuer einzuführen. Es soll ver-
sucht werden, mit den Beteiligten einen Pauschalsatz zu
vereinbaren, um die einfachste Art der Erhebung dieser
Steuer durchzuführen. Ob die Regierung die Erhöhung der
fraglichen Steuern verfügen wird, steht noch dahin. Bezüg-
lich der Kirchensteuern erklärte der Oberbürgermeister, die
Verwaltung habe in keiner Weise auf die Heranziehung der
Realsteuern für die Berechnung der Kirchensteuer ein-
gewirkt, wie ihr vorgeworfen werde, vielmehr sei dieser
Vorschlag von der Regierung aus erfolgt. Statt des von
der Kirchenverwaltung in Aussicht genommenen Satzes
von 17 Proz. sollen nun erhoben werden entweder 15 Proz.

Dörschule	bis 570 RM	neu 645 RM	u. RM 9.—	f. Gartenf.
Westerschule	570 RM	850 RM	RM 5.—	"
Glörfeld	500 RM	505 RM	RM 7.50	"
Buschhausen	500 RM	465 RM	RM 36.—	"
Schwenke	500 RM	490 RM	RM 15.—	"
Deesfeld	400 RM	430 RM	RM 2.50	"
Anschlag	625 RM	570 RM	RM 4.—	"
Ehringhausen	500 RM	500 RM	RM 12.50	"
(Lutter)				
Ehringhausen	500 RM	480 RM	RM 12.50	"
(Hegemann)				
Bergfeld	500 RM	505 RM	RM 33.—	"
Oberbrügge	500 RM	540 RM	RM 5.—	"

An diesen von der Regierung festgesetzten Anrechnungswerten ist nichts zu ändern. Der Antrag des Lehrers
Schulte in Anschlag auf Rückerstattung des zu viel erhobe-
nen Mietgeldes von 98,16 RM wird auf Vorschlag des
Gemeindevorstandes mit großer Mehrheit abgelehnt; ob-
wohl Vertr. Enneper für den Antrag eintritt. Auf eine
Anfrage des Vertr. Welter wie die jetzige Berechnung der
Lehrerdienstwohnungen gehandhabt würde, erklärt Bürger-
meister Watermann, die Berechnung erfolge nach der Qua-
dratmeterzahl, während früher nach der Zimmerzahl die
Miete festgesetzt worden sei.

4. Uebersicht über die Gemeindefinanzen. Entsprechend
einem früheren Beschlusse der Gemeindevertretung wird
der Gemeindevorstand eine Uebersicht über den Stand der
Gemeindefinanzen vorlegen. Der Vorsitzende gibt folgende
Darstellung: Genaues und bestimmtes lasse sich heute nicht
sagen, die Verhältnisse überstürzten sich. Alles Zahlen-
material habe keinen Anspruch auf unbedingte Zuverlässig-
keit. Es könnte immer nach der einen oder anderen Seite
hin abweichen. Bei einzelnen Positionen im Haushalts-
plan könnten Abträge gemacht, andere mußten erhöht
werden. Das rapide Anwachsen der Erwerbslosen und
die vielen Steuerausfälle ließen kein ordnungsmäßiges
Bild aufkommen. Das Aufkommen aus der Einkommen-
steuer-Ueberschreibung bleibe wesentlich hinter dem Voran-
schlag zurück. Deshalb hätten die von Bürgermeister Water-
mann gemachten Angaben kein Anrecht auf bestimmte Zu-
verlässigkeit. Bürgermeister Watermann gibt daraufhin
einen kurzen Bericht über die Gemeindefinanzen, bei der
Position Schulwesen seien 5118 RM Ersparnisse einge-
treten und bei dem Bauwesen 3000 RM, während der
Wohlfahrtssetat ein Minus von 14.342 RM und am Defi-
zitaufkommen 19.955 RM aufweise, so daß ein Fehlbetrag
von 25.379 RM nach dem Stande vom 1. Oktober d. J.
vorhanden sei. Wie sich die Lage weiter entwickeln würde,
könne man heute noch nicht sagen.

Vertr. Haase bittet um eine Abschrift des angegebenen
Zahlenmaterials an die einzelnen Vertreter, damit in Ruhe
die Zahlen mit dem Haushaltsplan verglichen werden
könnten. Dem Ansuchen soll entsprochen werden.

5. Schiedsmannswahlen. Für den Schiedsmannstell-
vertreter Walter Wehland, dessen Amtszeit mit dem 1. Dez.
d. J. abläuft, hat eine Neuwahl zu erfolgen. Wehland wird
auf Vorschlag für eine 3jährige Amtsdauer wieder gewählt.
Schluß der öffentlichen Sitzung 5.40 Uhr. Anschließend
 fand eine vertrauliche Beratung statt.

von der Reichseinkommensteuer oder 30 Prozent Zuschlag
zur Reichsvermögenssteuer und 15 Prozent zur Grundver-
mögenssteuer.

Bredersfeld. Pfarrer Kraemer einstimmig ge-
wählt. Vorgespielt nachmittag fand unter dem Vor-
sitz des Superintendenten Jost zu Ende für die frei gewor-
dene Pfarrstelle die Pfarrerrwahl statt. Pfarrer Koetter aus
Hagen eröffnete die Wahl mit einem Gottesdienst und pre-
digte über Joh. 10, 7-9: „Wahrlich, wahrlich, ich sage
euch: Ich bin die Tür zu den Schafen“. Der Superinten-
dent verlas die Kirchenordnung und stellte fest, daß die
kirchlichen Vertretungen in offener Wahl abzustimmen
wünschten. Alle anwesenden Mitglieder des Presbyteriums
und der größeren Kirchenvertretung gaben öffentlich einzeln
ihre Stimme ab und entschieden sich für Pfarrer P. Krae-
mer aus Bochum-Hamme, der dadurch mit 41 Stimmen ein-
stimmig gewählt wurde. Der Vorsitzende gab seiner Freude
über die einstimmige Wahl Ausdruck und beglückwünschte
die Gemeinde Bredersfeld zur tätigen Wahl, da sie in
Pfarrer Kraemer, der in der Synode kein Unbekannter
sei, einen guten Prediger und Seelsorger erhalten werde.
Er betonte, daß die heutige Wahl allerdings unter Vorbe-
halt getätigt sei, da der Oberkirchenrat zu Berlin zu ent-
scheiden habe, ob die freigewordene Stelle wieder zu be-
setzen sei. Er versprach, sein Möglichstes zu tun, damit die
Wahl sich nicht solange ausdehne wie feinerzeit bei der
Wahl von Pfarrer Kornfeld. Der Vorsitzende schloß die
Wahlhandlung mit Lied und Gebet.

Bredersfeld. Unfall. Einen bedauerlichen Unfall
erlitt ein junges Mädchen. Es kam auf der Kellertreppe im
elterlichen Hause so unglücklich zu Fall, daß es ein Bein
brach und ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte.

pn Bredersfeld. Beschimpfung der Reichs-



Wie hält es sich beim Waschen?

Ja, das ist oft die Frage beim
Kauf der schönen Sachen
aus Wolle, Seide und Kunst-
seide. Wer lange Freude
daran haben will, sollte
immer ein Waschmittel

nehmen, das wirklich erprobt
und zuverlässig ist. Die
Persil-Kaltwäsche ist das
millionenfach bewährte Er-
neuerungsbad für alles, was
waschbar ist.

Persil bleibt Persil

flagge. Vor dem Hagener erweiterten Schöffengericht hatte sich gestern ein Landwirt M. aus Wasserpohl bei Anna zu verantworten, weil er in einer nationalsozialistischen Versammlung in Breckerfeld die heutige Staatsform und die Reichsflagge beschimpft habe. Bezüglich des ersten Punktes erklärte der Angeklagte, daß er in jener Versammlung die Demokratie im allgemeinen behandelt habe und „zur Vorsicht“ als Beispiel einen chinesischen Minister angeführt habe. Er habe vermeiden wollen, daß sonst von der anwesenden Polizei eingeschritten würde. Die Beleidigung der Reichsflagge tritt er ab. Er habe lediglich von den Parteien gesprochen, die sich zu dieser Flagge bekennen. Das Gericht war der Ansicht, daß er auch in diesem Falle sich strafbar gemacht habe, indem er sich abfällig über die Farben der Reichsflagge äußerte. Da der Angeklagte noch nicht vorbestraft ist, wurde statt auf eine Gefängnisstrafe von 10 Tagen auf 100 RM Geldstrafe erkannt.

Furchtbares Familiendrama in Iserlohn.
Iserlohn. Hier hat sich gestern nachmittag ein entsetzliches Familiendrama abgespielt. Der Inhaber eines Schuhwarenhäuses, Wilhelm Welde, schoss seinen 24-jährigen Sohn während des Mittagsschlafes mit einer 7,65 mm Pistole in die Stirn und schnitt ihm sodann den Hals bis zur Wirbelsäule durch. Nach vollbrachter Tat brachte Welde sich selbst einen Schnitt in die Kehle bei. Vater und Sohn waren sofort tot. Ueber die furchtbare Bluttat werden noch folgende Einzelheiten bekannt: Welde hatte vor längerer Zeit eine schwere Schädelverletzung erlitten und trug infolgedessen eine künstliche Schädelplatte. Wie verlautet, soll er schon seit etwa 14 Tagen Selbstmordgedanken geäußert haben. Der Grund zu der Tat ist nicht in Geschäftsjahren, sondern darin zu suchen, daß W. vor kurzem Nachrichten erhielt, wonach ein Verwandter in Zahlungsschwierigkeiten geraten und ein anderer Verwandter ins Irrenhaus gebracht worden sei. Der 24-jährige Sohn war bis vor etwa 14 Tagen in einem Schuhwarengeschäft in Liegnitz als Geschäftsführer angestellt und sollte das väterliche Geschäft übernehmen. Gestern, nach dem Mittagessen, befanden sich Vater und Sohn in der Küche am Tisch. Der junge Welde hatte sich niedergelegt, um seinen gewohnten Mittagsschlaf zu halten. Plötzlich zog der Vater die Waffe und brachte seinem Sohn einen Schuß in die Stirn bei, worauf er ihm durch einen furchtbaren Schnitt fast den Kopf vom Rumpfe trennte und dann Hand an sich selbst legte. Frau Welde, die im Nebenzimmer schlief, hat von der unglücklichen Tat nichts bemerkt. Erst als sie Vater und

Sohn um 4 Uhr zum Kaffee rufen wollte, fand sie beide tot am Tische vor. Die Kriminalpolizei machte sofort alle nötigen Feststellungen und beschlagnahmte die Mordwaffen — Dolk und Revolver. Eine große Menschenmenge verfolgte auf der Straße mit stummem Entsetzen weitere Mitteilungen, die der eine oder andere mitbrachte. Der sehr geschätzten Familie bringt man allseitig Teilnahme entgegen.

Börse und Handel

Alltägliche Berliner Notierungen vom 23. Oktober.

* Devisenbörse. Dollar 4,20—4,21; engl. Pfund 16,46 bis 16,50; holl. Gulden 170,78—171,12; Danz. 83,17—83,33; franz. Franc 16,62—16,66; Schweiz. 82,52—82,68; Belg. 58,99—59,11; Italien 21,83—21,87; schwed. Krone 98,30—98,50; dän. 93,16 bis 93,34; norweg. 92,66—92,84; tschech. 12,47—12,49; österr. Schilling 58,94—59,06; Argentinien 0,983—0,987; Spanien 37,66 bis 37,74.

Schlußdienst.

Vermischte Nachrichten vom 23. Oktober.

„Der Kampf“ verboten.

Halle. Das nationalsozialistische Parteiorgan für den Gau Halle-Merseburg „Der Kampf“ ist vom Oberpräsidenten der Provinz Sachsen auf Grund der Verordnung zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen auf die Dauer von acht Wochen verboten worden. Das Verbot erfolgt wegen eines Artikels mit der Überschrift „Kampf gegen Grippe und Tuberkulose“.

Dank an Mollath.

Leipzig. Der Wahlkreis Leipzig der Wirtschaftspartei sprach nach Vorträgen der Abg. Mollath und Ladenborff der Reichstagsfraktion den Dank für ihre Haltung gegenüber dem Kabinett Brüning aus, die von echt mittelhändischem Verantwortungsbewußtsein getragen gewesen sei.

Ein Nationalsozialist Präsident der Bremischen Bürgerschaft.
Bremen. Die Bremische Bürgerschaft wählte an Stelle des von seinem Posten zurückgetretenen sozialdemokratischen Präsidenten Dr. Loh in der Stichwahl den nationalsozialistischen bisherigen Vizepräsidenten Dr. Wadhaus zum Präsidenten der Bürgerschaft. Er erhielt 57 Stimmen, während für den sozialdemokratischen Kandidaten Jahn 41 Stimmen abgegeben wurden. 18 Stimmen von insgesamt 116 waren ungültig.

Neues Mitglied des Reichswirtschaftsrates.

Berlin. An Stelle von Kurt Bachmann, der sein Mandat niedergelegt hat, ist der Gärtnereibesitzer Friedrich Werner, Präsident des Reichsverbandes des deutschen Gartenbaues e. V. in Neu-Ulm am Rhein, als Mitglied des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates einberufen worden.

Verhandlungen im niederschlesischen Bergbau ergebnislos.

Berlin. Die Verhandlungen über die Verbindlichkeitsklärung des Schiedsprüchs im niederschlesischen Bergbau, die im Reichsarbeitsministerium stattgefunden haben, sind ergebnislos verlaufen.

Reise Grandis nach Berlin. — Begrüßung durch Dr. Feld in München.

München. Der italienische Außenminister Grandi wird auf seiner Reise nach Berlin in München einen kurzen Aufenthalt nehmen, während dem er vom bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Feld im Empfangsalon des Bahnhofs begrüßt werden wird.

Familien-Nachrichten.

Geboren:

1 Sohn, Walter Schlöter und Frau, Hanna geb. Niese zu Meinerzhagen. — 1 Sohn, Emil Dahlhaus und Frau Clara geb. Wedder, Völsbach. — 1 Sohn Paul Steinhauer und Frau, Wilhelmine geb. Koch, Dedinghausen. — 1 Sohn, Erich Cramer und Frau, Elise geb. Schlöffer, Magdeburg. 1 Tochter, Gottfried Krizan und Frau Anna geb. Stuhlmann, Oberbrügge. — 1 Sohn, Ernst Niggeloh und Frau Hedwig Elise geb. Sauer, Berge. — 1 Tochter, Gustav Adolf vom Brocke und Frau, Elli geb. Saffenscheidt, Hülsefeld.

Verheiratet:

Ernst Reinhard und Paula Gottmann, Brügge. — Wilh. Aug. Heuer aus Duisburg und Elisabeth Bergmann, Halber. — August Crone, Lüdenscheid und Elfriede Schröder, Meinerzhagen. — Arthur Reichelt, Meinerzhagen und Grete Brune, Heesfeld.

Gestorben:

Frau August Schürmann, Emma geb. Nippel, Höhlen b. Kierspe-Bf., 58 J. alt. — Lehrer i. R. Heinrich Kittinghaus, Halber, 75 J. alt. — Ww. Karl Schneider, Luise geb. Bergmann, Meinerzhagen, 57 Jahre alt. — Gottlieb Busch, Höferhof b. Kierspe, 80 Jahre alt. — Karl Busch sen., Wilkenberg b. Halber, 70 Jahre alt.

Schriftleitung: Wilh. Bell jr., Halber i. Westf.

Offener Sonntag!

Die Eisenbahn hat zu tun
Da kommen aus allen Richtungen unsere auswärtigen Kunden zum Winter-Einkauf zu uns. Dieses Jahr werden auch viele neue Kunden dabei sein — denn es hat sich weit herumgesprochen, wie billig unsere schönen eleganten Winter-Mäntel sind.

ALSBERG

Bekannte Fahrvergütung. HAGEN



1. Jubiläums-Verkauf!

Das 80jährige Bestehen meiner Firma veranlaßt mich, durch ganz besondere Verkaufstage den alten Ruf und guten Klang meines Geschäftes hervorragend zu beweisen und meinen geschätzten Kunden eine außerordentlich günstige Einkaufsgelegenheit zu bieten.

Von heute Samstag beginnt mein 1. Sonderverkauf

für

Hüte	Pelze	Wollwaren
Beispiel: moderner Hut 350 in guter Qualität	Beispiel: Würger in echt Skunksobol 1325	Beispiel: elegante Damen-Pullower . von 9 an
elegant. Haarhut 1075 in la. Qualität	Bubikragen in Biberett-Seal 850	Strickkleid 2450 entzück. Modell
Schöne Velour-Hüte in größter Auswahl.	Wunderschöne Besätze, Kragen, Füchse u. s. w.	elegante Herren-Pullower 550

Sie müssen meine Schaufenster beachten, wenn Sie sich von der großen Billigkeit meiner Waren überzeugen wollen. Qualität u. große Auswahl machen es Ihnen leicht, neben der fabelhaften Billigkeit das Passende zu finden.

Sonntag ist mein Geschäft geöffnet

Louis Wurm jr.

Lüdenscheid.

Zwangsversteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen am 18. Dezember 1931, 10 Uhr, an der Gerichtsstelle Zimmer 33, die im Grundbuch von Lüdenscheid Band 48 Blatt Nr. 305 und Halber Band 2 Artikel 3, (Eigentümer: der Kaufmann Otto Verghaus zu Ahelle) eingetragenen Grundstücke Flur 14 Nr. 1279/147, 1280/147, 1281/147, 1294/147, 846/150, 967/150, 968/150, 969/150, 970/150, 971/150, 1012/150, 1013/150, 1014/150, 1015/150, 1016/150, 1017/150, 1018/150, 1019/150, 1020/150, 1021/150, 1022/150, 1023/150, 1024/150, 1046/150, 1047/150, 1048/150, 1049/150, 1050/150, Flur 47 Nr. 191/1, 268/1, Flur 48 Nr. 237/105, 317/105 und 318/105, Flur 47 Nr. 327/10, 329/10, 330/10, 347/10 und 348/10, Wohnhäuser mit Hofraum und Hausgarten, Oberbrügge, Heerstraße 27 und 29, Ahelle 80, 69, 70, 94 und 95, Fabrikgebäude mit Kontor und Anbau, Schmiede, Presserei, Maschinenhaus, Lagerschuppen, Ahelle 69 und 70, Größe 97 a 07 qm, Nutzungswert 7940. — Mk., sowie Acker, Holzung, Weide, Wiese zu Ahelle, Größe 3 ha 24 a 02 qm, Reinertrag, 9,20 Tlr., versteigert werden.

Lüdenscheid, den 13. Oktober 1931.
Das Amtsgericht.

Verschenke

bis Ende ds. Mts. solange Vorrat reicht ca. 150 Paar Damen- und 36/39 Burschen-Sonntagsschuhe in braun, farbig und Lack zum halben Preise. Ferner äußerst billig:

Kalbin - Schnürschuhe 36/43 zu Mk. 9. —
Kalbin - Hakenstiefel 31/36 zu Mk. 8.50,
37/39 9.50, dto. Rindbox 27/30 zu Mk. 8. —
31/35 9. —, 36/39 10.50.

Alfred Wollram, Kierspe-Bahnhof.

Mütterberatungsstunde

findet statt am Dienstag, dem 27. ds. Mts., nachm. 3.30 Uhr in der Gastwirtschaft Heesfeld in Schalksmühle, Halberstraße.

Halber, d. 23. Okt. 1931.
Der Bürgermeister.

Bekanntmachung.

Im Jahre 1932 werden in Halber im Sitzungssaale des Amtshauses Gerichtstage abgehalten am

6. Januar, 3. Februar, 2. März, 6. April, 4. Mai, 1. Juni, 6. Juli, 5. Oktober, 2. November, 7. Dezember.

Die Gerichtstage beginnen 8 Uhr.

Zum Geschäftsbereich der Gerichtstage gehören mit Ausnahme der Hauptverhandlungen in Strafsachen alle dem Amtsgericht obliegenden Geschäfte, insbesondere auch Grundbuchangelegenheiten, die Aufstellungen von Grundstücken, die Aufnahme von Bewilligungen und Anträgen zu Eintragungen und Löschungen im Grundbuch, Beglaubigungen von Unterschriften, die Aufnahme von Anträgen auf Eintragung der Anerkennungseigenschaft.

Zur Förderung solcher Geschäfte ist es geboten, daß die Beteiligten frühzeitig vor dem Gerichtstage bei den unterzeichneten Gerichte die Mitnahme der Grundakten beantragen und zugleich die Art der auszunehmenden Geschäfte z. B. Auflassung, Eintragung, Löschung usw. angeben.

Lüdenscheid, den 21. Oktober 1931.
Das Amtsgericht.

Sämtliche Drucksachen i. d. Industrie

liefert schnellstens Wilh. Bell jr., Halber.

Mk. 3 bis 6.000.-

gegen gute Sicherheit nur vom Selbstgeber gesucht.

Offerten unter P 70 an die Geschäftsstelle des Allg. Anzeigers Halber.

Darlehen

gegen Sicherheit oder Bürgschaft ohne Vorkosten durch A. B. 100 Postl. Evesking i. W. Bedingungen geg. 30 Pig. Rückporto.

Jackenwolle Seidenwolle Pullovergarne und Strickwolle

kaufen Sie am best. bei:

Gust. Borlinghaus
Kierspe-Bahnhof, Wildenkuhlen.

Turn-Verein Kierspe 1879.

Heute Abend (Samstag) beim Overturwart Leiter-Zusammenkunft

Erscheinen ist unbedingt erforderlich.

Der Overturwart.

Sonntag, den 25. Okt. 31. Abfahrt 1.30 Uhr mit Mark Sauerland zum

Ausscheidungs-Turnen

des Gerätekampfes der Weff. in Lüdenscheid

Der Vorstand.

Dauernd Verdienst durch Aufstellung einer Strickmaschine. Erforderlich 195 RM. Fertige Ware wird laufend abgenommen. Fordern Sie unerb. Vertreterbesuch! R. Frick, Essen 48 Kruppstraße 268.

Gelbe Raucherzähne

Nach langem Suchen endlich das Richtige für meine Zähne. Nach dreimaligem Gebrauch blendend weiße Zähne, trotz der vielen Raucher braun und unschön wirken. Ich werde nichts anderes mehr gebrauchen, als Chlorodont. Es sortiert Berg. Man verlange nur die echte Chlorodont-Zahnpasta Tube 54 Pf. und 90 Pf., und weise jeden Erfolg dafür zu.

Herren- Burschen- u. Knaben-Anzüge

in allen Größen zu außerst Preisen empfiehlt:

Hugo Nieding, Halber Berlinerstr. 58

Westdeutscher Rundfunk.

Montag, den 26. Oktober.

6,45—7,00 Leibesübungen. Dr. Ludwig Bach.
7,00 Wettervorhersage und Zeitangabe.
7,05—8,00 Morgenkonzert.
8,00 Wiederholung der Wettervorhersage und Zeitangabe, Wasserstandsmeldungen.
10,15—10,30 Gymnastik für Frauen. Hilde Brenns.
10,30 Erste Meldungen und Zeitangabe.
10,40—11,00 Schallplattenkonzert (Electrolaplaten).
11,00—11,15 Kunstverbung mit Schallplatten.
11,20—12,00 Uebertragung aus dem Kamillushaus, Essen: Schulfest für Schüler aller Schulen vom 12. Lebensjahre an. Vom Altoboltenfel.
12,00 Schallplattenkonzert (Electrolaplaten).
12,50 Wetterbericht.
12,55 Neuerer Zeitzeichen, Mittagmeldungen und Zeitangabe.
13,05—14,30 Mittagkonzert, Leitung: Eysoldt Solistin: Friedel Schröder (Sopran), Begleitung: Gräpe.
14,30 Schlachthofmarktberichte.
15,30 Wirtschaftsmeldungen und Zeitangabe.
15,50—16,20 Kinderfunde. Sepp Schüller. Puppentheater.
16,20—17,00 Jugendfunk. 1. Rektor Simon: Singspiel, ein Märchen von Leonie Meurin. 2. Heinz Naasch: Werktreiben für die Jugend. Unser Wanderjörgel (1): Der Herr Direktor und die Schauspieler.
17,00—18,00 Uebertragung vom Südwestdeutschen Rundfunk, Frankfurt: Vesperkonzert.
18,00—18,20 Frauenstunde. Dr. med. Maria Hähle: Aufsteigende Krankheiten im Kindesalter (1).
18,20—18,40 Die Welt im Buch. Dr. Fr. R. Rodens: Erlebtes Leben. Paul Cobbe. „Um Nießisches Untergang.“ — Von Lindau: „Das gefährliche Leben.“ — Walter Nathanael: „Briefe an eine Liebende.“ — Bernhard von der Marwitz: „Stirb und werde.“
18,40—19,00 Elternstunde. Dr. Bent: Berufsschicksale ohne Berufsberatung.
19,00—19,15 Wetterbericht, Zeitangabe, Wirtschaftsmeldungen und Sportvorbericht.
19,15—19,25 Vom Tage.
19,30—19,55 Merkwürdige Rechtsfälle des Monats. Berichterstatter: Prof. Dr. Habmann.
19,55 Erste Abendmeldungen.
20,00 Tänze — Operettenmusik.
Das kleine Orchester des Westdeutschen Rundfunks, Leitung: Eysoldt. Tänze verschiedener Nationen.
Intermezzo: Klassisches Lied und Ballade. Strienz (Wah) — Gräpe (Klavier).
22,05 Letzte Meldungen, Bericht über das geistige Leben, Sportbericht.
Anschließend bis 23,15: Konzertübertragung aus dem Café Germania, Köln, Kapelle: Michael Schugatte.
23,15—24,00 Meister des Jazz.